

AfD – Neutralitätsgebot von Lehrern

Eine Geschichtslehrerin in Hamburg soll die AfD mit der NSDAP verglichen haben und ihren Schülern dazu geraten haben, niemals die AfD zu wählen. – So lautet zumindest der Vorwurf der Hamburger AfD-Fraktion. Die Lehrerin hätte ihren Schülern ein Bild indoktriniert, das zuungunsten der AfD sei.¹

Im Zuge dieser Vorkommnisse hat die AfD die Aktion „Neutrale Schule Hamburg“ gestartet, im Rahmen dieser Schüler ihre Lehrer melden sollen, wenn diese gegen die Neutralitätspflicht verstoßen. Als Begründung nennt die AfD Hamburg auf Ihrer Website folgendes: „Hintergrund der Aktion sind immer wieder eingehende Hinweise von Eltern und Schülern sowie von Lehrern, Schulleitern und selbst von Behördenmitarbeitern an unsere Fraktion über mutmaßliche Neutralitätsverstöße. Diese reichen von plumpem AfD-Bashing über fehlerhaftes und unsachliches Unterrichtsmaterial bis hin zu Pädagogen, die mit „FCK-AfD-T-Shirts“ vor die Schüler treten oder Aushänge in den Schulen, in denen zu Demonstrationen gegen die AfD aufgerufen wird.“²

Helmut Holter, Präsident der Kultusministerkonferenz, hat diese Maßnahme mit scharfen Worten kritisiert: „Alle Warnglocken sollten in uns läuten, wenn eine Partei das Anschwärzen von Lehrern und deren Überwachung zu adäquaten Mitteln ihres Handelns erklärt“.³

Auch die brandenburgische und die sächsische AfD planen ähnliche Meldeplattformen. Holter sieht sich an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnert.⁴

Derartige Melde-Plattformen sind jedoch auch AfD-intern umstritten.⁵

Um die Diskussion sinnvoll einordnen zu können, schauen wir uns einmal die Neutralitätsverpflichtung der Lehrer an:

Wichtigstes Stichwort dabei ist der *Beutelsbacher Konsens*.^{6,7} Dieser Konsens aus dem Herbst 1976 legt die Grundsätze für die politische Bildung dar.⁸ Dieser ist in drei Punkte aufgeteilt:

1. Das Überwältigungsverbot: Es ist einem Lehrer verboten einem Schüler eine politische Meinung aufzuzwingen bzw. diesen zu indoktrinieren.
2. Kontroversen in der Politik und der Wissenschaft müssen auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden.
3. Der Schüler muss eine politische Situation nach seinen eigenen Interessen bewerten können.⁹

¹ <https://www.zeit.de/2018/26/afd-lehrer-neutralitaetsgebot-beschwerde>

² <https://afd-fraktion-hamburg.de/aktion-neutrale-schulen-hamburg/>

³ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article215541713/Hamburger-Lehrer-Pranger-AfD-prueft-Beschwerden-noch.html>

⁴ <https://www.mdr.de/kultur/afd-plattform-lehrer-sos-100.html>

⁵ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/10/brandenburgs-afd-lehrer-meldeportal-verstoestst-gegen-fraktionsge.html>

⁶ <https://www.sueddeutsche.de/bildung/schule-duerfen-lehrer-politisch-stellung-beziehen-1.2926697>

⁷ <https://www.zeit.de/2018/26/afd-lehrer-neutralitaetsgebot-beschwerde/seite-2>

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Beutelsbacher_Konsens

⁹ <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

Darüber hinaus haben Lehrer jedoch auch die Pflicht sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen.¹⁰

Auf Grundlage dieser Ereignisse stellen sich Simon und ich die Frage, wie Lehrer im Unterricht mit der AfD umgehen müssen.

¹⁰ <https://www.zeit.de/2018/26/afd-lehrer-neutralitaetsgebot-beschwerde/seite-3>